

Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden, Aden & Comp., Nr. 1266.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Ckr. 12345, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altbild.

Abonnementspreise: einschließlich Frangiergeld monatlich 7,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 21,00 M., unter Abrechnung für Deutschland monatlich 10,00 M., Einzelnummer 40 Pf.

Schreibweise: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunden nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 6spaltige Kopparzeile 3,00 M., Familienanzeigen 2,00 M., die 3spaltige Reklamzeile 10,00 M. Bei mehrmaliger Aufnahme Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorerwähnten Tagen. Für Brieflieferung 40 Pf.

Nr. 301

Dresden, Mittwoch den 28. Dezember 1921

32. Jahrg.

Einigung zwischen Lloyd George und Briand?

Nachdem es Lloyd George gelungen ist, die letzte Frage zum Abschluss zu bringen, kann er nun seine ganze Kraft den europäischen Angelegenheiten zuwenden. Obgleich die Tagung in Cannes erst am 6. Januar beginnen soll, ist Lloyd George und mit ihm Churchill bereits gestern in Cannes eingetroffen. Jedenfalls wird er die kommenden Verhandlungen mit Vorbereitung, als er es mit den früheren tun konnte. Und es ist daher zu hoffen, daß England dieses Mal nicht vor Frankreich zurückweichen wird, wie es das bisher getan hat.

Die Zustände in Europa sprechen ja deutlich genug gegen die bisher von Frankreich geleitete Ententepolitik. Da die trostlose europäische Lage schreit geradezu nach einer verständnisvollen Lösung. Auch in den neutralen Ländern wird mehr und mehr die Notwendigkeit erkannt, die sogenannte Wiederherstellungspolitik gegen Deutschland einer Lösung zu unterwerfen.

Von besonderer Bedeutung ist in dieser Hinsicht ein Aufsat des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Benes, der es offen ausdrückt, daß die Gewährung des Zahlungsanschlusses an Deutschland einen entscheidenden Einfluß auf das wirtschaftliche und politische Leben der Tschechoslowakei habe.

Die Verweigerung des Zahlungsanschlusses hätte für Deutschland eine schwere wirtschaftliche Katastrophe zur Folge, von der auch das Wirtschaftliche der Nachbarländer mit betroffen werden würde.

Auch die Lage der holländischen Industrie wird in dem Telegramm familiärer holländischer Gewerbe an den Handelsminister als trostlos bezeichnet, verursacht durch die Einfuhr von Waren aus Ländern mit ungünstiger Valuta, in erster Linie also Deutschland. Und in den anderen europäischen Staaten sieht es nicht besser aus.

Angesichts dieser Tatsachen ist es nicht unwahrscheinlich, daß es Lloyd George bereits gelungen ist, Briand von der Undurchführbarkeit der bisherigen Politik zu überzeugen und zu für einen großzügigen Plan zu gewinnen, der Deutschland den dringendsten von dem Druck der sinnlossten Forderungen befreit würde. Der Londoner Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung weiß darüber folgendes zu berichten:

Die beiden Premierminister einigten sich persönlich nicht nur über den Weg zum Vertrag, daß die Reparationsfrage als ein Teil des europäischen Wirtschaftsproblems auf selbständigem Wege durch Vereinbarung mit Deutschland und innerhalb der Grenzen seiner Verantwortung behandeln Zahlungsanschlüsse geregelt werden müßte, sondern es wurde vorbehaltlich der Zustimmung Italiens und Belgiens auch noch folgendes ins Auge gefaßt: Deutschland soll während der letzten Annuität von zwei Milliarden Goldmark pro 1922 nur 500 Millionen in der in Italien bis zum 15. April. Hierin ist die Goldleistung für die Reparationsfrage einbezogen. Außerdem haben Sachleistungen wie bisher zu erfolgen. Ferner ist das Wiesbadener Abkommen zu erfüllen, das England im wesentlichen genehmigen wird. Außerdem bleibt die Frage der Sachleistungen unberührt. Für die Berechnung des Wertes der Sachleistungen wird ein neuer Wertmaßstab geltend. Innerhalb der genannten Grenzen, die die Verpflichtungen des gesamten kommenden Jahres regeln, ist die kritische Frage der Januarzahlung eingeschlossen. Die Krise würde somit unter zwei Voraussetzungen gelöst sein: 1. Die Vorbereitung ist, daß der Oberste Rat der ins Auge gefaßten Regelung zustimmt, wofür eine Einigung Frankreichs mit Belgien die Voraussetzung wäre. Bezüglich der Haltung der Pariser politischen Kreise wird die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen gehalten, daß Briand über die von

Londoner Abrede fürzen könnte. Aber trotzdem wird hier ein Rückschlag in das Offensivprogramm für ausgeschlossen gehalten. Hierbei wird von den Franzosen zu beachten sein, daß Frankreich Sachleistungen und Bargeld gewinnen wird. 2. Die zweite wichtigere Voraussetzung ist, daß Deutschland im Verlaufe sehr weher Zukunft sein Haus in Ordnung bringe, wofür die bereits bekannten Forderungen allein gelten werden, die zunächst eine administrative Einmischung vermeiden. Deutschland hat nach dieser kategorischen Auffassung die Möglichkeit, die gesamte Entwicklung durch energische Entschlüsse herbeizuführen, die binnen kürzester Zeit zum mindesten programmatisch vorliegen müßten. Die Valancierung des ordentlichen Budgets, die Stilllegung der Rentenrente und der Wegfall der Fiskalwirtschaft sind die wichtigsten unter den zahlreichen Reformforderungen.

Allerdings soll die Wiederherstellungskommission Einspruch erhoben haben gegen die Festlegung von 500 Millionen Goldmark als Gesamtzahlleistung Deutschlands im Jahre 1921. Und es ist nicht unmöglich, daß sich die französischen und belgischen Sachverständigen in Cannes gegen eine solche Regelung auflehnen werden. Wahrscheinlicher aber ist, daß der englische Standpunkt durchdringt, um so mehr, da sich die Ansicht der italienischen Regierung in der Wiederherstellungskommission mehr dem englischen als dem französischen Standpunkt nähern soll, wie die Stampa aus zuverlässiger Quelle erfährt.

In Paris glaubt man, daß Lloyd George zwar auf die deutschen Geldleistungen verzichtet, aber dafür Sachleistungen im gleichen Wert fordern wird. Und man befürchtet, daß England diese deutschen Sachwerte für seine Handels- und Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland verwenden will. Es würde dann die eigenartige Lage entstehen, daß die deutsche Ausfuhr nach Rußland dadurch ausgeschaltet wird, daß England deutsche Waren nach Rußland liefert.

Von entscheidender Bedeutung für die Tagung von Cannes ist es kein, ob Briand hart genug ist, seine anscheinend von Loucheur beeinflusste Politik gegenüber dem französischen Parlament durchzusetzen. Es ist daher wichtig, daß der Rücktritt Verheylets seine Stellung nicht geschwächt hat. Die Interpellationsdebatte über den Abschluß der China-Bank endete mit einem Vertrauensvotum für die französische Regierung von 353 gegen 117 Stimmen.

Paris, 27. Dezember. (Havas) Briand beschließt, den Voten des Generalrats im Ministerrat für auswärtige Angelegenheiten zuzustimmen. Die Funktionen des zurückgetretenen Generalratsverhetts werden auf den Direktor im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten, Peretti de la Rocca, übergeben.

Präsident Havensstein gegen einen Eingriff in den Goldbestand der Reichsbank

Berlin, 28. Dezember. Im Laufe des gestrigen Dienstag fand in der Reichsbank eine Gesprächsrede statt, in der wiederum das Reparationsproblem erörtert wurde. Auch in der Sitzung des Reichskabinetts, das am Abend zusammentrat, stand die gleiche Frage zur Verhandlung. Ein Bericht wurde nicht gehalten. In Wirtschaftskreisen beurteilt man die Lage nach wie vor nicht sehr optimistisch. Man muß bestimmt damit rechnen, daß wir bis zum 15. Februar 500 Millionen Goldmark zu bezahlen haben. Daß man bereits der Frage näher getreten ist, ob es nicht notwendig sei, den Goldbestand der Reichsbank zu vergrößern, haben wir schon mehrfach angedeutet. Jedoch spricht sich Reichsbankpräsident Havensstein gegen eine derartige Maßnahme aus.

Streit der Beamten

Regierung, Reichstag und Fraktionen haben sich im Verlauf der letzten drei Jahre häufig und ernsthaft mit den Fragen der Beamtenbesoldung beschäftigt. Und doch ist bis heutigen Tages keine Lösung gefunden, die auch nur einigermaßen als zufriedenstellend bezeichnet werden kann. Die Stimme tiefer Entrüstung drängen daher den Abgeordneten aus allen Parteien, Gemeinden und Gruppen täglich ins Ohr. Aber ebenso kommen aus den Kreisen, denen die notwendigen Steuern zur Balancierung des inneren Etats mit aufgebauert werden müssen und noch mehr aus denen der Sozial- und Kriegrentner und der Kleinrentner die Anklagen, daß Regierung und Reichstag nur noch Zeit und Geld für die Forderungen der Beamten haben. Die unteren und mittleren Beamten klagen, daß ihre Bezüge unzureichend sind und sie klagen Regierung und Reichstag an, daß die Besoldungsordnung völlig unsozial ist und sie erklären ferner, daß den oberen Beamten mit Ehefrauen und den unteren nur mit Köflein gegeben wird. Die breite Öffentlichkeit aber erhebt die Anklage, daß das Beamtenheer zu groß ist, und daß das ganze Volk in seiner Existenz vom Beamtentum bedroht wird.

Das ist ein trauriger Zustand und doch zugleich ein erklärlicher. Alle Anklagen entbehren nicht eines berechtigten Kerns und doch leiden alle zugleich an Uebertreibung.

Wichtig ist, daß es hunderttausenden Beamten herzlich schlecht geht; aber es geht nicht schlechter als Millionen anderer Volksgenossen. Wichtig ist, daß das Beamtenheer in dem verkleinerten Deutschland verhältnismäßig zu groß ist; aber richtig ist auch, daß in einem Staatsorganismus, der neu auf- und nach vielen Seiten hin ausgebaut werden muß, auch ein größerer Beamtenkörper benötigt wird, ganz abgesehen davon, daß der Krieg und seine Wirtschaft und sein Ausgang, uns zahlreiche Beamte gebracht haben, die keine Arbeit finden. Wichtig ist, daß die Spannung zwischen dem Einkommen der unteren Beamten und dem der höheren sehr groß ist, aber ebenso richtig ist es, daß den höheren Beamten in der Industrie, im Handel und bei den Banken heute weit höhere Gehälter gezahlt werden, als sie für die Staatsbeamten festgelegt sind.

Es ist richtig, daß den Rentnern nicht das gegeben wird, was sie als Existenzminimum fordern; aber ebenso richtig ist, daß die verantwortlichen Volksvertreter alle Möglichkeiten ausnützen, um auch die Not dieser Armen zu mildern.

In der Unzufriedenheit aller mit allem spiegelt sich das zerbrochene Deutschland wieder — so wie es uns Wilhelm Lubendorf und die für den Krieg Verantwortlichen hinterlassen haben. In den Anklagen und Klagen kommt die ganze drückende Last zum Ausdruck, die uns der Krieg und sein unglücklicher Ausgang gebracht hat. Es gibt keinen Regierungsmann und erst recht keinen Sozialdemokraten, der nicht mit aller Kraft dahin strebt, die bestehenden Mängel zu beseitigen und um eine Grundlage zu schaffen, auf der eine innere Zufriedenheit aufwachsen kann. Aber es sollte auch keinen Beamten geben der nicht einleuchtet, daß das Ziel nicht in einer kurzen Zeitspanne erreicht werden kann. Die Beamtenfrage soll eingedenk sein der Tatsache, daß Regierung und Reichstag in ihren Entscheidungen nicht frei sind, daß neben dem großen Defizit im Reichshaushalt noch Millionenforderungen der Entente stehen, und daß die ganze deutsche Wirtschaft, die ihren doch in der Vorkriegszeit auch nicht goldene Berge einbrachte, heute erst wieder in ganz halber Leistungsfähigkeit vorhanden ist. Der Wohlstand der ganzen Nation hängt im wesentlichen ab von der Leistungsfähigkeit der deutschen Volkswirtschaft und diese kann nur allmählich zu alter Höhe gebracht werden.

Schon daraus muß sich für die Beamtenfrage die Folgerung ergeben, daß sie dem Gesetzgeber wirtschaftliche Forderungen nicht in ultimativer Form unterbreiten dürfen. Im freien Wirtschaftsleben mag diese Form unentbehrlich sein; aber den Arbeitern stehen unparteiische Stellen zur Beurteilung der Forderungen und des Entgegenkommens der Unternehmer noch nicht zur Seite; für die Beamtenfrage des Reichs, der Länder und Gemeinden sollte diese Form der wirtschaftlichen Forderungen aber nicht gewählt werden. Es widerspricht dem parlamentarischen Regierungssystem, daß die Regierung einen Termin zu stellen, bis zu dem bestimmte Gehaltsforderungen bewilligt sein müssen, wenn der Streit, also der Krieg, vermieden werden soll.

Wir haben in der jungen Republik in andauernden Kämpfen die Demokratie und das parlamentarische Regierungssystem verteidigt. Wir haben auch das Berufsbeamtenamt geschützt. Diesen Bestrebungen würden die größten Hindernisse errichtet, wenn bei Gehaltsforderungen mit Ultimatum und Streit operiert wird. Die Regierung ist gebunden an den Willen der Reichsversammlung. Sie kann und darf daher ohne Zustimmung der vom Volke gewählten Vertreter nicht über neue Ausgaben verfügen. So wenig die Reichsversammlung und die von ihr gestellte Regierung jemals ad hoc die Forderungen der Beamten entgegen setzen werden, so wenig dürfen die Beamten daran denken, den Organen des gesamten Volkes bei wirtschaftlichen Forderungen die Pistole auf die Brust zu setzen. Wenn einem Ultimatum der Streit folgen sollte, dürften sich daraus für Vaterland, Beamte und Volk die schwerwiegendsten Konsequenzen ergeben. Die Beamten sollten daher auf dem Verhandlungsweg bleiben. Regierung und

Lenin gegen Sowjetwillkür

London, 28. Dezember. Ein Sonderberichterstatter des Observer meldet aus Moskau vom 28. Dezember: Lenin hielt bei Eröffnung des 9. Sowjetkongresses eine von den 2000 Delegierten begeistert ausgenommen Rede, in der er die internationale und die innere Lage der Sowjetrepublik darlegte. Lenin sprach nicht über die kommunistische Partei, sondern als Premierminister. Er griff die Kommunisten wegen ihrer Ansicht an, daß es nach möglich sei, das Wirtschaftsprobleme durch diese Methode des Bürgerkriegs und kommunistische Abschlüsse zu lösen. Er sagte weiter, Rußland sei arm, erschöpft und schwach. Es werde jedoch nicht dulden, daß seine Arbeitskraft zum Zwecke des Handels veräußert werde. Das sollten sich Finnland, Polen und Litauen bemerken lassen. Großer Aufsehen erregte die Erklärung Lenins, daß die Regierung vor den Sowjetkongress trete mit dem Ansuchen, die Befugnisse der Außerordentlichen Kommission zu beschränken. Er jenseitigen Kommissionsmitgliedern die Außerordentliche Kommission sei unterbreitend mit der neuen Wirtschaftspolitik und müßte den neuen Zeiten und der neuen Politik angepaßt werden.

Kanfers Tätigkeit im Hungereid

Danzig, 28. Dezember. Konen hat aus Riga folgenden Bericht abgefaßt: Der schwedische Jagd mit Lebensmitteln ist glücklich in Samara angelangt ohne jeglichen Verlust. Die amerikanische Kinderhilfsorganisation, die Quaker und die amerikanische Organisation sind mit ihren Erfahrungen im Eisenbahntранспорт ganz zufrieden. Die erkrankten Gefangen sind ganz geringfügig. Jedoch kann der Transport von der Eisenbahn bis zu den Dörfern auf Schwierigkeiten stoßen, da die Pferde im Winter gefrieren. Deswegen habe ich den Ankauf von Wasser geordnet, damit die für diese Transporten nötigen Pferde am Leben erhalten

Die angelsächsische Front

New York, 27. Dezember. New York Times melden aus Washington, es verliert an guter Quelle, daß die amerikanische Abordnung hinsichtlich der Unterseebootdomäne auf eine Höchstzahl von 60000 Tonnen für die Vereinigten Staaten und England, von 20000 Tonnen für Japan und von je 35000 Tonnen für Frankreich und Italien beharre. Die New York Herald aus Washington meldet, gelangen die Franzosen zu der Ansicht, daß sie gegen eine amerikanisch-englische Verbindung kämpfen. Frankreich habe, daß Großbritannien die Absicht habe, sich Amerikas zum Aufbau einer angelsächsischen Herrschaft zu bedienen.

Ein seltsamer Friedensengel

New York, 28. Dezember. Dasas meldet: Durch Vermittlung der Associated Press hat Briand an das große amerikanische Volk seine besten Friedenswünsche übermitteln lassen. In dieser Weise hat er die Hoffnung ausgedrückt, daß es gelingen möge, die Friedensideale zu verwirklichen. Frankreich, so hat er, hatte in der letzten Krieges so sehr zu leiden gehabt, daß es immer für den Frieden arbeiten werde. Aber es wolle ebenso gut wie das amerikanische Volk, daß seine eigene Sicherheit eine unentbehrliche Bedingung dafür sei.